

## **SCHLUSS MIT DER KAMPAGNE VON CDU/CSU UND FDP GEGEN DAS BOLIVARIANISCHE VENEZUELA!**

(5. März 2004)

„Mit Besorgnis ist zu sehen, dass Präsident Chávez im Verlauf seiner Amtszeit neben den regulären Streitkräften ihm ergebene bewaffnete Kampfeinheiten, sog. ‚bolivarische Kreise‘, geschaffen hat, die für gewalttätige Übergriffe auf frei gewählte Parlamentarier, Teile der Opposition und die Medien verantwortlich sind. Anhänger der ‚Bolivarischen Revolution‘ versuchen Druck auf das Parlament, das Oberste Gericht und den Nationalen Wahlrat auszuüben. Unterstützung erfährt die Regierung Chávez auch vom kommunistischen Regime Fidel Castros aus Kuba, welches allein im Zeitraum von September bis Oktober 2003 über 10.000 Kubaner nach Venezuela geschickt hat. Zwar soll es sich dabei überwiegend um Ärzte handeln, dennoch gibt es Vermutungen, zufolge derer sich im Kontingent auch Geheimdienst-Mitarbeiter und militärische Ausbilder befinden.“

Diese Parolen gegen die demokratisch gewählte Regierung Venezuelas stammen nicht etwa aus einem Pamphlet der dortigen reaktionären Opposition, von deren Vertretern man eine solche Aneinanderreihung von Lügen und Halbwahrheiten längst gewohnt ist. Sie stammen aus einem Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der am 12. Februar im Parlament auf der Tagesordnung stand und nicht etwa sofort abgelehnt, sondern in die Ausschüsse – u.a. in den Verteidigungsausschuß – überwiesen wurde.

In diesem Antrag fordert die Union die Bundesregierung auf, sich in die inneren Angelegenheiten Venezuelas einzumischen. Dazu lügt sie vom Himmel herab, was die Giftküchen der CIA hergeben: Die Basisgruppen ‚Circulos Bolivarianos‘, von der CDU ‚bolivarische Kreise‘ genannt, werden zu ‚bewaffneten Kampfeinheiten‘, die Überfälle auf Abgeordnete werden den Anhängern der Regierung zugeschrieben und die kubanischen Ärzte werden zu Geheimdienstagenten. Demgegenüber ist die Opposition ‚demokratisch‘: Kein Wort vom Putsch im April 2002, kein Wort von Mordanschlägen auf Präsident Chávez und über die Morde an Bauernführern und Aktivisten, kein Wort über die Überfälle kolumbianischer Paramilitärs im venezolanischen Grenzgebiet. Und natürlich kein Wort über die Finanzierung der Opposition durch die USA und die direkte Verwicklung der US-Botschaft in den Putsch und die Sabotageaktionen der Opposition.

Dieser Antrag war kein Ausrutscher. Erst in den letzten Tagen haben CDU/CSU und FDP nachgelegt und in Pressemitteilungen nun sogar offen ein Embargo gegen das bolivarianische Venezuela gefordert.

Bei der CDU/CSU heißt es: „Mit der zweifelhaften Feststellung des venezolanischen Nationalen Wahlrats, die Petition für ein Referendum über die Abberufung von Präsident Chávez sei vorerst gescheitert, marschiert das Land weiter in den autoritären Unrechtsstaat. Die Abhaltung des Referendums wäre zur Wahrung des inneren Friedens und im Interesse der Stärkung der bedrohten venezolanischen Demokratie dringend notwendig gewesen. Aber Chávez hat dem Nationalen Wahlrat offenbar die ablehnende Entscheidung kompromisslos diktiert. Dabei hat die demokratische Opposition das benötigte Quorum an Unterschriften für das Referendum um ein Drittel übertroffen.“

Mehrere hunderttausend Unterschriften wurden ganz offensichtlich mit der selben Handschrift geleistet. Ab dem 12. März werden diese Unterschriften deshalb amtlich überprüft, die Betrof-

fenen müssen bestätigen, ob sie wirklich die Abwahl des Präsidenten Chávez unterstützen. Für ungültig wurden tausende Unterschriften erklärt, die von Ausländern und Minderjährigen geleistet wurden. Andere mussten gestrichen werden, weil die angeblichen Unterzeichner zum Zeitpunkt der Sammlung bereits verstorben waren. Aber das stört die CDU/CSU nicht bei ihrem Versuch, die Regierung Venezuelas in die Reihe der Schurkenstaaten einzuordnen.

Die FDP ist auch nicht besser: „In Venezuela brechen Unruhen und Chaos aus. Die Menschen wollen es sich nicht gefallen lassen, dass Präsident Chavez die Auszählung des Volksbegehrens verschleppt, mit dem er über ein Referendum zum Rücktritt gezwungen werden soll. (...) Die Bundesregierung darf das nicht einfach hinnehmen. Sie muss sich dafür einsetzen, dass die Europäische Union jetzt aktiv wird und in Venezuela massiv darauf drängt, dass die demokratischen Spielregeln eingehalten werden - von der Opposition, aber auch und gerade vom Präsidenten und seinem Machtapparat. Wenn Chavez das weiter verweigert, muss man ihm mit Sanktionen drohen: Kontaktsperren, Einreiseverweigerungen und das Einfrieren von Konten sind gewichtige Argumente.“

Ein Embargo gegen den größten Erdölexporteur außerhalb der Golfregion? Will die FDP die Tankstellenkette ARAL in Bedrängnis bringen, die den größten Teil ihres Benzins aus Venezuela bezieht?

Doch auch die SPD ist nicht sauber geblieben, auch wenn sie sich noch etwas dezenter in die inneren Angelegenheiten Venezuelas einmischt. Ebenso wie die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU unterstützt auch die SPD-eigene Friedrich-Ebert-Stiftung direkt die verschiedenen oppositionellen Kräfte. Und über ihre internationalen Beziehungen stützt die SPD sowohl ihre Bruderpartei AD als auch die rechte Gewerkschaftszentrale CTV, die beide sowohl in den Putsch vom April 2002 als auch in alle Sabotageaktionen der Vergangenheit verwickelt waren und sind. Fernsehaufnahmen belegten so auch die Beteiligung von AD-Aktivisten an den gewaltsamen Ausschreitungen der letzten Tage.

Wir erleben eine internationale Kampagne gegen das bolivarianische Venezuela. Deshalb ist internationale Solidarität mit Venezuela heute nötiger denn je, auch gegen die Helfershelfer der Putschisten in unserem eigenen Land.